

V7-028-2

## Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Philipp Hoffmann, Hannah Nürnberg, Konstantin Elbe, Belana Behrendt

**Titel:** **V7-028-2: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Palästina und Israel**

---

### Titel

#### Ändern in:

Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina

### Antragstext

#### Von Zeile 30 bis 40:

ausgeübt werden muss. Dabei leiten sich die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht direkt aus dem Völkerrecht ab. ~~Die Anerkennung eines Existenzrechts ist dabei politischer und nicht juristischer Natur. Wir schließen uns den 157 von 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an, die den Staat Israel auf Basis der Grenzziehung vom 4. Juni 1967 anerkennen. Wir bekräftigen, dass Kritik an staatlichem Handeln — auch an der Politik der israelischen Regierung — niemals mit der Infragestellung des Existenzrechts Israels oder mit Abwertung jüdischen Lebens verbunden sein darf. Für uns ist klar: Das Existenzrecht Israels als sicherer Ort für Jüdinnen und Juden ist unverhandelbar. Das Existenzrecht Israels als sicherer Ort für Jüdinnen\* Juden ist unverhandelbar und darf niemals in Frage gestellt werden. Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist legitim, darf jedoch niemals mit Antisemitismus, Dämonisierung, doppelten Maßstäben oder der Abwertung jüdischen Lebens verknüpft werden.~~ Gleichzeitig erkennen wir an, dass Antisemitismus weltweit zunimmt und gerade

auch im Kontext des Nahostkonflikts häufig verstärkt